



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten – dauerhafte Polizeipräsenz aufrechterhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die durch die Polizeiinspektion Selb gewährleistete dauerhafte uniformierte Polizeipräsenz nicht auf Kosten der geplanten Polizeiinspektion Fahndung minimiert wird und die Polizei vor Ort bleibt.

Begründung:

Die Entscheidung, die geplante Polizeiinspektion Fahndung (PIF), mit den Schwerpunkten Einbruchs-, Rotlicht- und Drogenkriminalität in Selb anzusiedeln, ist angesichts der Crystal-Meth Problematik im deutsch-tschechischen Grenzraum aus sicherheitspolitischen und strukturpolitischen Gründen ausnahmslos zu begrüßen. Aufgaben der PIF werden primär die Eindämmung des grenzüberschreitenden Drogenschmuggels- und Handels und die entsprechende Koordination der Schleierfahndung sein. Das klassische Aufgabenportfolio einer PI, wie beispielsweise der Wach- und Streifendienst, Ermittlungs- und Erhebungsgruppe nach Sachbereichen gegliedert, werden von ihr hingegen nicht abgedeckt. Die Überlegungen, die Polizeiinspektion Fahndung am Standort der Polizeiinspektion Selb unterzubringen, welche infolgedessen aufgelöst und in die Polizeiinspektion Marktredwitz integriert werden soll, tragen daher nicht zur Verbesserung der Sicherheitslage und der Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger bei.

Die Pläne, künftig zwei Streifenwagen in einem Landkreis mit 72.000 Einwohner permanent im Einsatz zu halten, reichen bei weitem nicht aus, den Verlust der PI Selb zu kompensieren. Die dauerhafte und flächendeckende Präsenz von uniformierten Polizeibeamten ist unablässig und muss daher im gleichen Maßstab beibehalten werden. Aufgrund der Stellenmehrung durch den Nachtragshaushalt ist dies möglich und dringend geboten, denn das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger muss ernst genommen werden.